

3 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (kurz: Vertragsländer) über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (kurz: NKL)

Gesetzentwurf
der Landesregierung und
Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2. der Landesverfassung
Drucksache 14/7434

s. a. Vorlage 14/2170 des Finanzministeriums vom 16. Oktober 2008

- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)

(vom Plenum zur alleinigen Beratung an den Hauptausschuss überwiesen)



Hauptausschuss

56. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Gabriele Sikora (SPD) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Niemeyer, Ernst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
Zur Tagesordnung	8
a) Zu TOP 1	8

Auf Vorschlag von **Dr. Karsten Rudolph (SPD)** erklärt sich der Ausschuss einverstanden, den durch das durch den Bundesinnenminister inzwischen ausgesprochene Verbot überholten TOP 1

**Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“
beim Bundesinnenminister vorantreiben**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

heute von der Tagesordnung abzusetzen und es bei einer
Berichterstattung des Innenministeriums im federführenden
Innenausschuss zu belassen.

**b) Zur beantragten Aktuellen Viertelstunde, Thema „Aktuelle
Entwicklungen des Zeitungsmarktes in NRW“ 8**

Der Ausschuss widerspricht dem Vorschlag der stellv.
Vorsitzenden, die Aktuelle Viertelstunde nicht als TOP 1,
sondern nach Eintreffen von Minister Krautscheid aufzurufen,
nicht.

**1 Verbot des Vereins „Heimattreue Deutsche Jugend“ beim
Bundesinnenminister vorantreiben 9**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7355

(von der Tagesordnung abgesetzt; s. a. "Zur Tagesordnung)

2 Scientology - Beobachten, aufklären, informieren 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/5567

- (s. a. Drucksache 14/7785, Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und FDP)
- Verfahrensbeschluss gem. § 79 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Landtags

Der Ausschuss erklärt den Antrag im Einverständnis mit der
antragstellenden Fraktion der SPD für erledigt.

- 3 Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen den Ländern Berlin, Brandenburg, Freie Hansestadt Bremen, Freie und Hansestadt Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (kurz: Vertragsländer) über die Nordwestdeutsche Klassenlotterie (kurz: NKL) 13**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung und
Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 S. 2. der Landesverfassung
Drucksache 14/7434
- s. a. Vorlage 14/2170 des Finanzministeriums vom 16. Oktober 2008
- abschließende Beratung und Abstimmung (Beschlussempfehlung zur zweiten Lesung)
- Zur Tagesordnung 14**
- hier: **Aufruf der Aktuellen Viertelstunde**
- 4 Aktuelle Viertelstunde (s. Anlage) 15**
- hier: **Aktuelle Entwicklung des Zeitungsmarktes in NRW**
- 3 (Fortsetzung) 30**
- Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP stimmen dem Gesetzentwurf bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.
- 5 Transparenz schafft Vertrauen 31**
- Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4249
- Vorlage 14/2175
- s. a. APr 14/653 - Protokoll der öffentlichen Anhörung vom 8. Mai 2008

s. a. Vorlage 14/2175 - Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie über die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 24. Oktober 2008

- abschließende Beratung und Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

6 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern

34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4486

s. a. APr 14/625 über die Anhörung vom 6. März 2008

Aussprache zur Anhörung vom 6. März 2008 sowie abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt die Ziffer I des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

Sodann lehnt der Ausschuss die Ziffer II des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD ab.

Der Antrag insgesamt wird schließlich mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD abgelehnt.

7 „Aktivitäten der Landesregierung beim Emissionshandel auf europäischer Ebene“ (s. Anlage)

38

Vorlage 14/2188

Information 14/818

8 Nordrhein-Westfalen setzt sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz ein 41

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7347

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den federführenden Ausschuss für Generationen, Familie und Integration)

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

9 Landesregierung muss Agrarpolitik an die Herausforderungen der Zukunft anpassen 42

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7670

- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an den federführenden Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz)

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum.

10 Digitales terrestrisches Fernsehen - kostenfreien DVB-T-Empfang in NRW ausweiten 43

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/3497

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

11 Verschiedenes

45

hier: **Zuordnung von Übertragungskapazitäten für Rundfunk**

Vorlagen 14/2118 und 14/2158

Die stellv. Vorsitzende stellt die Kenntnisnahme durch den
Hauptausschuss fest.

* * *

TOP 3 - Fortsetzung

Wolfram Kuschke (SPD) bedankt sich für den Bericht des Finanzministeriums. Nur eine Frage bleibe demnach noch offen, deren Beantwortung zugegebenermaßen aber prophetische Gaben verlange. Die Vorlage wende sich diesem Thema unter dem Stichwort „Outbound-Werbung“ zu. Der S. 13 des Geschäftsberichts 2007 der NKL lasse sich entnehmen, in welchem hohem Maße dieses Outbound-Telefon-Marketing der NKL als Instrument zur Gewinnung von Neukunden diene. Dieses Instrument entfalle nun durch den Glücksspielstaatsvertrag. Die SPD-Fraktion zweifle - aufgrund von entsprechenden Hinweisen berechtigterweise - an, ob dieses Werbeverbot in der Praxis durchgehalten werde. Das heiÙe: Demnächst werde man sich mit den mit dem Glücksspielstaatsvertrag gesammelten Erfahrungen beschäftigen müssen.

Die Fraktionen von CDU, SPD und FDP stimmen dem Gesetzentwurf bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

